

Quo Vadis USA? – der Podcast des Heidelberg Center for American Studies

6. April 2022

„Uncertain Allies: Ein Autorengespräch mit Klaus Larres“

Klaus Larres, University of North Carolina, Chapel Hill

Anja Schüler: Guten Tag und herzlich willkommen zu einer neuen Folge des HCA Podcast. Er kommt zu Ihnen von der Universität Heidelberg; mein Name ist Anja Schüler. Über die transatlantischen Beziehungen haben wir an dieser Stelle schon oft gesprochen, und sie sollen auch heute unser Thema sein. Anlass ist eine Neuerscheinung auf dem Buchmarkt, der Band *Uncertain Allies* von Klaus Larres, der sich den transatlantischen Beziehungen während der Nixon-Ära widmet. Ein Blick auf die Geschichte dieser Beziehung nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt uns, dass die Position der Vereinigten Staaten gegenüber Europa durchaus ambivalent war. Einerseits wollten die USA ein geeintes Westeuropa, um die *containment*-Politik der Nachkriegszeit zu stützen und ihre Verteidigung im Westen zu stärken. Andererseits gab es die Befürchtung, dass sich ein geeintes Westeuropa nicht der amerikanischen politischen und wirtschaftlichen Führung unterwerfen werde. *Uncertain Allies* schaut nun auf diesen Wendepunkt der Politik, auf die Amtsjahre von Richard Nixon und seinem Außenminister Henry Kissinger. Der Autor Klaus Larres ist Richard M. Grasso Distinguished Professor of History an der University of North Carolina in Chapel Hill, und er ist heute zu Gast im HCA Podcast. Herzlich willkommen, Herr Larres.

Klaus Larres: Hallo.

Anja Schüler: Herr Larres, Ihr Buch schildert eine gewisse Rivalität zwischen Europa und den USA in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren. Wie kam es denn dazu? Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die USA die europäische Einigung ja gefördert, wenn nicht gar gefordert, nicht zuletzt als Teil der Eindämmungspolitik, die der amerikanische Präsident Harry Truman vor ziemlich genau 70 Jahren verkündet hat. Warum verändert sich dieses Wohlwollen gegenüber Europa?

Klaus Larres: Die Rivalität der Europäer und der Amerikaner explodierte während der Nixon Administration, aber das begann natürlich nicht plötzlich aus dem Blauen heraus, sondern deutete sich schon seit mehreren Jahren an. Wenn wir uns zurückerinnern an die Jahre des Marshallplans und die Jahre, die folgten, mit dem Schuman Plan, und die ganzen 1950er Jahre, dann waren die Europäer natürlich sehr auf die Amerikaner angewiesen – wirtschaftspolitisch, aber natürlich auch sicherheitspolitisch. Im Laufe der 1950er Jahre, wie wir wissen, gab es das Wirtschaftswunder in Deutschland, und auch in den anderen europäischen Ländern tat sich sehr viel, was die Wirtschaftspolitik und der Lebensstandard anging, sodass Mitte bis Ende der 1950er Jahre sich ein neues Selbstbewusstsein bei den Europäern herausgebildet hat. Man war wieder jemand, man konnte auch zum Teil wieder auf

seinen eigenen Füßen stehen. Das führte, wie wir ja wissen, Ende der 1950er Jahre, genau 1958, zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – da begannen die Rivalitäten sich schon deutlich erkennbar zu machen. Nicht so sehr im Weißen Haus, wo man mehr auf die Geopolitik und die groß angelegte Außenpolitik achtete, sondern in den Wirtschaftsministerien, im *Treasury*, im *Commerce Department* in Washington. Das waren wirklich Experten, das war nicht der Außenminister oder der Wirtschaftsminister, das waren so die Handlanger. Aber die wichtigen Experten, die natürlich die großen Politiker beraten, wiesen immer mehr darauf hin, dass die Europäer allmählich zu Wirtschaftskonkurrenten, zu Rivalen der USA werden. Wenn die USA dann selbst Probleme hatten wirtschaftspolitisch, und es gab eine kleine Rezession in den USA Ende der 1950er Jahre, dann machte sich das deutlich. Da begann die Rivalität, und andere politische Faktoren kamen dann hinzu, was den Vietnamkrieg anging, wo man auch nicht übereinstimmte. Aber es begann vor allen Dingen wirtschaftspolitisch und breitete sich dann auf andere Gebiete aus.

Anja Schüler: Ich fand das sehr interessant: Sie schreiben in Ihrem Buch, dass die Haltung der Nixon-Administration bestenfalls lauwarm und manchmal sogar feindselig war. Können Sie uns dafür Beispiele nennen? Und was war dann die Reaktion der Europäer darauf?

Klaus Larres: Das war nicht sofort der Fall, sondern besonders in den Jahren 1971 bis 1973/74 entwickelte sich dieses Lauwarme oder das Feindselige. Zu Beginn der Nixon-Administration – Nixon trat er sein Amt im Januar 1969 an, zusammen mit seinem Nationalen Sicherheitsberater Henry Kissinger – am Anfang waren Kissinger, der natürlich ursprünglich aus Fürth in Bayern kommt, und Nixon durchaus sehr proeuropäisch eingestellt, weil man sich natürlich an die Zeiten des Zweiten Weltkrieges erinnerte, an die Zeiten des Kalten Krieges, wo man gemeinsam gegenüber der Sowjetunion eine Allianz aufgebaut hatte. Aber je mehr Nixon die wirtschaftlichen Probleme in seinem eigenen Land zu spüren bekam, und je mehr er sich um seine Wiederwahl fürchtete und bemühen musste, und die stand eben 1972 an, desto kritischer wurde er, was die Europäer anging, was die Wirtschaftspolitik der Europäer anging, aber auch die gesamte Haltung der Europäer, die Kritik, und das war die wirklich vehemente Kritik, der Europäer am Vietnamkrieg der USA. Davon wollte er nichts wissen, das hat ihn zutiefst gekränkt und zutiefst verärgert. Dann auch die nukleare Problematik, dass die Europäer zunehmend bezweifelten, dass die USA sie tatsächlich nuklear verteidigen würden im Ernstfall. Denn würden sie wirklich Berlin beschützen, um dann New York in Gefahr zu bringen? Das war die große Frage. Das alles, wie ich eben sagte, explodierte im Grunde während des Jahres 1971, und von da an ging's rapide bergab.

Anja Schüler: Wie haben die Europäer darauf reagiert? Gab es überhaupt so was wie eine geeinte europäische Reaktion auf dieses Misstrauen der Amerikaner?

Klaus Larres: Allmählich ja, das hat die USA, besonders Kissinger, besonders verärgert. Vielleicht sollte ich darauf kurz eingehen – im August 1971 lud Nixon zu

einer großen Wirtschaftskonferenz auf Camp David ein. Alle seine wirtschaftspolitischen Berater, der Wirtschaftsminister, der Chef der Zentralbank und alle möglichen ökonomischen Experten wurden eingeladen, und man diskutierte, was ist zu tun. Und das Resultat war, nach zwei Tagen sehr intensiver Diskussionen, dass die USA sich vom Goldstandard verabschiedeten; dass man das System der gebundenen Wechselkurse, das sogenannte *Bretton Woods* System, abschaffte und dass man auch zusätzliche Zölle auf die Produkte der Europäer erließ: zehn Prozent, das war nicht wenig. Das erinnert uns vielleicht auch an die Zeit der Trump-Jahre, wo ja dieses Instrument der Zollpolitik auch auf europäische, nicht nur auf chinesische Produkte, angewendet wurde. Die Europäer waren entsprechend verschnupft, vor allen Dingen auch deswegen, weil sie nicht informiert worden waren, weil gerade diese zehn Prozent Zölle auf europäische Produkte natürlich bedeuten würde, dass europäische Produkte sich kaum noch in den USA verkaufen ließen. Man dachte daran, entsprechend zu reagieren, also einen Handelskrieg vom Zaun zu brechen – das stand wirklich wochenlang aktiv zur Debatte. Hier taten sich dann besonders Helmut Schmidt, der deutsche Finanz- und dann auch Wirtschaftsminister, und auch Giscard d'Estaing, der französische Wirtschafts- und Finanzminister, der dann später französischer Präsident wurde, hervor als die wirtschaftspolitisch wichtigsten Länder in Westeuropa, muss man ja sagen. Aber letztlich tat man das nicht, weil man zu dem Entschluss kam, dass wahrscheinlich man sich selbst bei einem Handelskrieg genauso viel schaden würde, wie dann auch den USA Schaden zugefügt werden würde. Und das transatlantische Bündnis, das wollte man natürlich nicht aufgeben oder völlig gefährden. Als die USA dann anboten sich doch auf Verhandlungen einzulassen, ging man darauf ein und es fanden transatlantische Verhandlungen statt, die sich aber über 2 bis 3 Monate hinzogen, die auch alles andere als erquicklich waren. Nicht zuletzt deshalb, weil der amerikanische Finanzminister, John Connally, keinerlei Einsehen an den Tag legte und überhaupt kein Verständnis für die Bedenken, für die Beschwerden, für die Kritik der Europäer hatte. Erst gegen Ende des Jahres, November 1971, machte sich dann der Einfluss Kissingers bemerkbar, dem das Ganze dann zu viel wurde. Kissinger wirkte auf Nixon ein und sagte: „Wir müssen da was machen, sonst bricht uns die Allianz zusammen, das geht einfach nicht, dass wir weiter so wirtschaftspolitisch mit den Europäern im Clinch hängen.“ Immerhin, im Jahr darauf, wenige Monate später, würde Nixon Jahr nach Peking reisen – die erste große Reise nach Peking und auch nach Moskau. Wie sähe das aus, wenn der amerikanische Präsident in Peking oder Moskau erscheinen würde, und keine vereinte transatlantische Allianz hinter sich hätte, aber ein völlig zerstrittenes Lager? Kissinger wies darauf hin, sagte, das ist genau das, was wir nicht brauchen, wir brauchen einen Deal mit den Europäern. Im November/Dezember 1971 wurde dieser Deal dann mit großer, großer Anstrengung erreicht, und die Europäer ließen sich darauf ein, aber auch nicht besonders erfreut, sondern widerwillig, wie auch in den USA – man raufte sich zusammen, aber der Schaden war im Grunde verursacht worden.

Anja Schüler: Lassen Sie mich doch noch mal nach den Gründen für dieses Misstrauen der Amerikaner gegenüber Europa fragen. War das vielleicht auch ein

bisschen darin begründet, dass man befürchtete, dass Deutschland sich zum europäischen Hegemon aufschwingen würde? Fürchtete man die wirtschaftliche Stärke Deutschlands oder misstraute man vielleicht sogar der deutschen Entspannungspolitik?

Klaus Larres: Ja, es ging aber nicht vor allem um Deutschland. Es ging nicht darum, dass man dachte, Deutschland würde der große Feind werden – es ging wirklich um Europa. Zwar ist es richtig, was Sie sagten, dass man der deutschen Entspannungspolitik, der Ostpolitik Willy Brandts sehr misstraute, besonders Kissinger und auch Nixon; Nixon und Brandt, die können überhaupt nicht miteinander reden. Man hatte den introvertierten Präsidenten im Weißen Haus, der aber ganz anders von der Persönlichkeit war, als der auch durchaus intellektuelle, introvertierte Brandt. Die saßen zusammen und machten *small talk*, und das war alles sehr gezwungen – da gab es keine gemeinsame Schiene, auf der man mal ein bisschen locker reden konnte. Mit Kissinger war das etwas besser, aber der misstraute nicht nur Willy Brandt, sondern vor allen Dingen auch Egon Bahr. Egon Bahr, ehemaliger Kommunist, und auch Herbert Wehner, auch ehemaliger Kommunist, waren im Grunde nicht akzeptabel im Weißen Haus. Man nahm denen nicht ab, dass sie sich geändert hätten von ihrer Haltung her und vom Kommunisten zum überzeugten Demokraten geworden seien – das Misstrauen schwang nach wie vor mit. Und dann eben, wie gesagt, mit den Persönlichkeiten, das klappte auch nicht richtig. Allerdings, viele Jahre später verstanden sich Egon Bahr und Henry Kissinger bestens. Ich war bei einer Veranstaltung im Deutschen Historischen Institut [in Washington, D.C.] dabei, vor vielen Jahren, wo Kissinger und Egon Bahr zusammen auftraten, zusammen eine Rede hielten und zusammen irgendeine Auszeichnung erhielten – und sie waren die besten Freunde. Man hätte nicht denken können, dass die sich mehrere Jahrzehnte zuvor sehr misstrauten und kaum miteinander sprachen. Also in wenigen Jahrzehnten wurde das alles anders, entwickelte sich das anders. Aber das war eben, als beide Politiker dann schon in der Pension waren; während sie aktiv waren, in den 1970er Jahren, sah das ganz anders aus. Die deutsche Ostpolitik war ein Faktor, aber nicht, dass man glaubte, Deutschland würde wieder eine Supermacht in Europa, sondern man befürchtete vielmehr, die Deutschen würden abgleiten in den Osten – würden sich von der Sowjetunion im Grunde die deutsche Einheit verkaufen lassen, indem sie dann neutral wurden und sich zu eng an die Sowjetunion annähern würden. Dann ging es darum, wie ich schon sagte, um den Vietnamkrieg, den fast alle europäischen Länder ablehnten, selbst die Briten, die ja traditionellerweise immer etwas enger an den USA hängen, obwohl Edward Heath, der ja Premierminister zu der Zeit war und der die Briten in die Europäische Gemeinschaft führte, ein teilweise gespanntes Verhältnis zu Nixon hatte. Sein Nachfolger, Harold Wilson von der Labour Party, weigerte sich mehrmals vehement, britische Truppen nach Vietnam zu schicken, obwohl die USA das gerne gehabt hätten – selbst die Briten waren bei dem Vietnamkrieg nicht zu überzeugen. Die Schweden waren ganz, ganz vehement dagegen und Ende 1972 gab es die sogenannten *Christmas bombings*, als man mit einer letzten kräftigen USA-Offensive die Nordvietnamesen zurück an den

Verhandlungstisch bomben wollte. Das waren ganz, ganz schreckliche Bombardierungen, und man machte das über Weihnachten, oder um die Weihnachtszeit, weil der Kongress dann nicht zusammenkommen konnte auf die Schnelle, um das Ganze abzublasen. Man nutzte diese Gelegenheit, und das traf überall auf der Welt, besonders dann auch in Europa, auf tiefste Kritik. Das machte das Leben in der transatlantischen Allianz natürlich nicht besser. Aber letztlich ging es auch um die Wirtschaftspolitik, um die Finanzpolitik und die monetären Beziehungen. Gerade Schmidt und Giscard d'Estaing warfen den Amerikanern vor, wirtschaftspolitisch einfach unverantwortlich zu handeln – das stimmte auch, da war was dran. Sie übertrieben es natürlich in ihren Vorwürfen, wir wissen von Helmut Schmidt, dass er auch sehr von sich überzeugt war und natürlich dachte, er sei der beste Finanzpolitiker, den es überhaupt auf der Welt gäbe, und er könnte den USA sagen, wo es langgeht, wie sie ihre eigene Finanzpolitik besser machen würden. Aber er hatte natürlich einen Punkt, denn die USA, schon seit Johnson, aber auch unter Nixon, führten einen sehr teuren Krieg – den Vietnamkrieg. Unter Johnson versuchten sie, eine Art Wohlfahrtssystem einzuführen – auch nicht billig, ohne aber neues Geld heranzuschaffen. Man weigerte sich, Steuern zu erhöhen, weil das natürlich beim Wähler nicht gut angekommen wäre. Man hatte auch sonst keine zusätzlichen neuen Einnahmequellen, außer natürlich die Steuern oder natürlich Schulden zu machen, aber man erhöhte aber die Steuern nicht. Für Schmidt und Giscard d'Estaing war das eine völlig unverantwortliche Politik, die zum Verlust des Wertes des Dollars führte, die die Inflation antrieb, während die europäischen Währungen sehr stabil waren, gerade auch die Deutsche Mark. Was die Spekulanten an der Börse dann machten, war, dass sie die Instabilität des Dollars sahen und dann nach Europa flüchteten, so dass Europa mit Dollars überschwemmt wurde und das auch die Inflation in Europa antrieb. Die Europäer drehten sich dann um nach Washington und sagten ihnen, dass ihre wirtschaftlichen Probleme, die sie jetzt haben, ohne die USA nicht entstanden wären – das verübelte man den USA sehr. Die USA ließen sich das natürlich auch nicht gerne sagen, dass sie eben unverantwortlich in der Finanzpolitik handelten. Das trug ganz entscheidend zu dem Clash bei, der dann, wie ich sagte, auf Camp David im August 1971 ausbrach und dann wieder durch Verhandlungen beigelegt werden musste.

Anja Schüler: Die Persönlichkeit Henry Kissinger, Sie haben es ja eben schon angesprochen, da würde ich gerne noch mal ein bisschen näher draufschauen. Sie haben gesagt, er war aus Deutschland emigriert. Er war mit der Geschichte des europäischen Mächtesystems sehr vertraut. Als Realpolitiker hat er Allianzen ja eigentlich immer nur als temporär angesehen. War speziell für Kissinger Europa eher ein Rivale oder ein Verbündeter?

Klaus Larres: Nein, Kissinger wollte die Europäer natürlich als Verbündete haben. Er schätzte die transatlantische Allianz sehr. Aber die Natur der transatlantischen Allianz war in seiner Sicht, dass die NATO und die Sicherheitspolitik an Nummer eins standen – also die Atlantische Allianz. In diesem Überbau könnten die Europäer gerne

ihr eigenes Ding machen und auch den europäischen oder westeuropäischen Kontinent enger zueinander führen, aber das war sekundär. Vor allen Dingen galt für ihn, dass die transatlantische Allianz, nicht zuletzt die NATO, zusammengehalten werden musste. Wenn die Europäer da drinnen irgendwas für sich machen wollten, konnten sie das machen, solange sie das eng mit den USA abstimmten. Einer seiner Punkte, der immer wieder aufkommt, sowohl in diesen Wirtschaftsverhandlungen 1971, aber auch später während des Jom Kippur-Krieges im Oktober 1973, war, dass er immer wieder kritisierte, dass die Europäer zuerst miteinander sprachen und sich untereinander konsultierten und dann sozusagen mit einer Stimme nach Washington fuhren und dann die europäische Position darlegten – für ihn war das absolut unakzeptabel. Er sagte, die USA werden behandelt, als wären sie ein Drittland, was sie natürlich waren, aber das konnte er nicht so erkennen. Er wollte direkt von Anfang an konsultiert werden und eine Stimme bei den europäischen Konsultationen haben. Er fürchtete, dass die Europäer, wenn die sich zu eng zusammenschließen würden, eine dritte Kraft in der Weltpolitik werden würden – eine dritte Kraft, die nicht unbedingt mit den USA kooperieren würde, sondern auch die USA unterminieren würde. Nicht unbedingt in jedem Fall, aber in vielen wichtigen Fällen. Das war für ihn nicht akzeptabel. In dem Buch schreibe ich ganz deutlich, dass er die Europäer als *underlings* angesehen hatte, aber nicht als gleichberechtigte Partner. Er wollte also durchaus die transatlantische Kooperation, aber auf der Basis von Hegemonie der USA, und alle anderen hatten zu den USA aufzuschauen und sich mit ihnen zu koordinieren.

Anja Schüler: Ja, da ist das Stichwort schon gefallen für meine nächste Frage: die hegemoniale Stellung der USA. Sie sehen die Ära Kissinger-Nixon in Ihrem Buch als einen Wendepunkt in der amerikanischen Außenpolitik. Die USA wollen ab dieser Zeit gerade kein wohlwollender Hegemon mehr sein. Warum denn nicht? Und wenn Sie kein wohlwollender Hegemon mehr sind, was sind Sie denn dann?

Klaus Larres: Sie wollten Hegemon sein, aber bestimmen, wo wohin die Richtung ging. Das war natürlich nach wie vor eine klar antikommunistische, antisowjetische Haltung. Man warf den Europäern auch vor, dass sie allmählich zu *soft* würden, dass die Ostpolitik/Entspannungspolitik mit der Sowjetunion, die natürlich Nixon eingeleitet oder zumindest sehr gefördert hatte, dazu führte, dass sie die Gefahr aus dem Osten nicht mehr wirklich ernst nehmen würden. Das forderten die USA. Es gibt dann einen weiteren Punkt: Nixon hat schon erkannt, dass die USA allmählich überfordert waren mit der Leitung des westlichen Bündnisses, mit der Verantwortung für alle möglichen Länder, einschließlich für die Führung des Vietnamkrieges, aber auch die asiatischen Alliierten. Die wollten ja alle Militärschüsse haben oder irgendwelche anderen Subventionen. Er gab dann eine Rede auf Guam, die wurde dann als Nixon-Doktrin bekannt, obwohl das ursprünglich gar nicht so gemeint war, es sollte einfach eine kleine Ansprache werden, die dann aber erheblich mehr Bedeutung gewann, als das gedacht war. In dieser Rede sagte er, die USA würden weiterhin immer dem Land, das sich vom Kommunismus befreien wollte oder das

unter Attacke des Kommunismus sei, sei es militärisch und politisch oder anderswie, zur Hilfe kommen. Aber in erster Linie müssten die Länder sich selbst helfen. Wenn sie das getan hätten, und es würde nicht reichen, dann würden die USA sicherlich auch kommen. Das wurde gerade in Europa, obwohl diese ganze Rede gar nicht so sehr auf Europa gemünzt wurde, fast als Abkoppelung der USA von den Europäern und ihren sicherheitspolitischen Bemühungen im Kalten Krieg interpretiert. Das führte auch dazu, dass ein Keil in die transatlantische Allianz getrieben wurde. Man kann also zusammenfassend sagen, es gab jede Menge Missverständnisse zwischen den Europäern und den USA aus den Gründen, die ich aufgeführt habe und die von beiden Seiten zum Teil nicht gewollt waren, aber zum Teil, wie das Camp David *meeting* zeigte, durchaus beabsichtigt waren. Auf was man hier auch eingehen sollte, ist die große Rede Henry Kissingers: „The Year of Europe“, im April 1973, die verärgerte die Europäer besonders.

Anja Schüler: Warum?

Klaus Larres: Das war nach diesem ganzen Debakel um das Ende von Bretton Woods. Er gab diese Rede, weil er dachte die transatlantische Allianz fällt auseinander, und eigentlich sollte Richard Nixon diese Rede halten, denn es war eigentlich eine Rede für einen Präsidenten, nicht für einen Sicherheitsberater. Nixon hatte natürlich seine diversen Probleme mit Watergate, die ihm immer mehr zu schaffen machen, die ihm auch persönlich zu schaffen machten, denn er war unter täglicher Attacke der Journalisten, der amerikanischen Öffentlichkeit, des Kongresses. Der war also sehr in die Enge gedrängt das wirkte sich auch persönlich aus: Er trank sehr viel, er wurde depressiv, er konnte an nichts anderes mehr denken, sich um nichts anderes mehr kümmern. Er war also im Grunde von den wichtigen Bereichen der Außenpolitik zum Teil abgekoppelt. Er kümmerte sich nach wie vor sehr intensiv um den Vietnamkrieg. Aber Europa, das war natürlich relativ sekundär für das Überleben des Präsidenten im Amte. Kissinger erkannte dann bald, dass Nixon nicht in der Lage war, auch nicht das Interesse hatte, sich jetzt um eine Rede für die Europäer zu kümmern. Stattdessen gab er dann diese Rede im Waldorf Astoria in New York, und die Rede, wenn man sie sich heute durchliest, war eigentlich gar nicht so schlecht. Er hatte auch recht, das transatlantische Bündnis driftete auseinander. Eine große Rede, um die Leute an das Gemeinsame zu erinnern, war eigentlich keine schlechte Idee. Kissinger machte das dann rhetorisch sehr, sehr schlecht und hat auch die Rede sehr schlecht vorbereitet. Er hat, zum Beispiel, die Europäer überhaupt nicht informiert oder ganz am Rande so ein paar Andeutungen fallen gelassen, da käme vielleicht was. Aber das wurde in den europäischen Hauptstädten nicht wirklich verstanden – man war also überrascht. Edward Heath sagte, zum Beispiel, da kommt so ein amerikanischer Politiker her und verkündet das Jahr von Europa, und wir wissen alle nichts davon. Das ist, als wäre ich zu Trafalgar Square gegangen, hätte das Jahr von Amerika ausgerufen, ohne dass die USA was davon gewusst hätten. Er war also sehr, sehr entrüstet – den meisten anderen europäischen Politikern, gerade auch in Frankreich und der Bundesrepublik, ging es nicht anders. Dann sagte Kissinger auch,

die USA hätten globale Probleme und globale Sachen, um die sie sich kümmern müssten, während die Europäer regionale Sachen hätten – das wären also lokale Probleme. Das stimmte natürlich irgendwie, aber das kommt natürlich nicht gut an. Die europäischen Politiker, die auch Rücksicht auf ihre Wähler nehmen müssen, die können nicht den Wählern gegenüber zugeben, dass sie im Grunde nicht weiter in der Weltpolitik zählen. Das führte zu einer großen Entrüstung in allen europäischen Ländern. Vor allen Dingen kam auch durch diese Rede der Eindruck, dass Kissinger kein Interesse an der europäischen Integration hatte oder diese als sekundär oder tertiär ansah, was für ihn wichtig war, war das transatlantische Bündnis mit den USA an der Spitze den anderen als *underlings* und als Lakaien der USA. Aber den europäischen Integrationsprozess als solchen, wo die E.U. und die Europäer sich zusammenfinden, um eben die Einheit des Kontinents voranzubringen, sowohl wirtschaftspolitisch, aber auch politisch, da hat er überhaupt kein Interesse daran. Dem wollte er sogar gegensteuern, damit die USA da nicht rausgedrängt wurde. Diese Rede, statt die transatlantischen Beziehungen erheblich zu verbessern, tat genau das Gegenteil. Selbst Kissinger, der nicht besonders selbstkritisch ist – es gibt wenig, wo Kissinger sagt, dass er mal einen Fehler gemacht hätte – wenn man seine Memoiren liest, dann sagt er selbst in seinen Memoiren, es sei wohl nicht die beste Rede seiner Laufbahn gewesen. Das ist hohe Eigenkritik in seinem bisherigen Denken.

Anja Schüler: Ich habe noch eine letzte Frage, Herr Larres. Die Periode, die Sie sich in Ihrem Buch anschauen, das alles passiert ja vor der Schaffung der Europäischen Union. Wie hat sich das Verhältnis zwischen den USA und Europa denn seitdem entwickelt? In großen Zügen.

Klaus Larres: Meines Erachtens, und das ist von manchen Lesern kritisiert worden, beginnt der Zerfall des transatlantischen Bündnisses durch diesen *turning point*, durch diesen Wendepunkt der Nixon-Kissinger Ära. Das heißt nicht, dass es jetzt linear bergab ging, das wäre eine zu einfache Sichtweise. Aber ein Grundmisstrauen und Probleme in den transatlantischen Beziehungen, die man erkannt hat, ist, dass die USA nicht nur wohlwollend sind, sie sind auch und vor allem an ihrem Eigeninteresse, an ihrem nationalen Eigeninteresse interessiert. Und umgekehrt, dass auch die Europäer an ihr Eigeninteresse denken und nicht nur an das Bündnis als solches. Das begann oder wurde zumindest erkennbar für die große weite Öffentlichkeit während der Nixon Administration in den Jahren 1971 bis 1973/74. Es gab gute Perioden unter, zum Beispiel George H.W. Bush Sr.. Da gab es eine sehr enge transatlantische Zusammenarbeit im Zusammenhang mit dem Ende des Kalten Krieges. Aber es gab Perioden, wie unter seinem Sohn George W. Bush, wo es über den Irakkrieg ja zu einem der größten Zerwürfnisse des Bündnisses kam, die man bisher hatte. Unter Trump natürlich ging es auch besonders schlecht her, da Trump, wie wir wissen, sich aus der NATO zurückziehen wollte. Er hat den Brexit befürwortet und damit die Desintegration der Europäischen Gemeinschaft. Er hat andere Länder aufgefordert, sich den Briten anzuschließen. All das deutete darauf hin, dass die USA unter Trump besonders gegen den europäischen Integrationsprozess

eingestellt war. Jetzt, im Moment, unter Präsident Biden, sehen wir wieder das Gegenteil. Biden hat erkannt, welche Fehler während der Trump-Administration gemacht worden sind. Er hat auch seine eigenen anfänglichen Fehler erkannt, zum Beispiel mit dem Rückzug aus Afghanistan, wo die Europäer ja kaum konsultiert worden sind. Auch dieser Pakt mit Australien und Großbritannien, der Fokus-Pakt, um China im Indo-Pazifik mehr Gegenwind zu bieten. Da wurden die Franzosen rausgeworfen, die Deutschen wurden überhaupt nicht konsultiert, wie auch die E.U. Kommission nicht. Und das führte, wie wir wissen, ja auch zu großem Entrüsten und großer Enttäuschung in der E.U. – daraus hat er gelernt. Was wir jetzt sehen, mit dem Krieg in der Ukraine, ist ja die wirklich großartige Bemühung der Biden-Administration, eine gemeinsame transatlantische Front zu schaffen, was auch bisher gelungen ist. Auch dem Prozess der europäischen Integration steht man in Washington jetzt erheblich positiver gegenüber, als das unter Trump [der Fall] war. Dennoch, das alte Misstrauen, ob die USA es wirklich ernst meinen, bleibt. Und was wird geschehen, wenn dieser pro-europäische Biden wieder aus dem Amt ausscheidet? Kommt dann einer wie Trump oder einer wie George W. Bush, der überhaupt nichts mehr von der Integration wissen will, auch die Europäer nicht als gemeinsamen Block akzeptiert, sondern sie unterlaufen will? Dieses Urmisstrauen, was meines Erachtens zuerst ernsthaft während der Nixon Administration auftrat, das ist nach wie vor da, aber das ist jetzt im Moment übertüncht – hoffentlich ist das natürlich eine langwierige und langanhaltende Übertünchung, aber davon geht in Europa eigentlich niemand aus. Man rechnet schon damit, dass es nach Biden wieder erheblich schwieriger wird, was die transatlantischen Beziehungen angeht. Deswegen versucht man auch, Strukturen jetzt zu schaffen, unter Biden, die sich nicht einfach wieder über den Haufen werfen lassen – was der Präsident nicht mit einem Federstrich beenden kann. Also Strukturen will man schaffen, die im Gesetz drinstehen, wo der Präsident zum Kongress gehen müsste, um das wieder rückgängig zu machen. Ob das gelingt, ist natürlich eine ganz andere Frage, gerade auch in der derzeitigen Krise muss man natürlich tagespolitisch reagieren und kann sich relativ wenig um langwierige, langanhaltende Strukturen kümmern.

Anja Schüler: Genau. Sie haben es eben gesagt, Herr Larres, den Blick auf die transatlantischen Beziehungen, den haben wir im Augenblick auf jeden Fall. Sie stehen eigentlich sehr im Mittelpunkt unserer Diskussion in der aktuellen Situation. Aber als Historiker wissen wir beide natürlich auch, dass der Blick zurück sich immer lohnt. Ganz herzlichen Dank für diese doch sehr spannenden Ausführungen zu den transatlantischen Beziehungen der Nixon-Jahre. Das war die aktuelle Folge des HCA Podcasts. Mein Gast war Klaus Larres von der University of North Carolina at Chapel Hill, und wir sprachen über sein Buch *Uncertain Allies: Nixon, Kissinger, and the Threat of United Europe*. Ganz herzlichen Dank, Herr Larres, dass Sie sich Zeit für uns genommen haben.

Klaus Larres: Es hat großen Spaß gemacht und ich kann natürlich Ihren Zuhörern nur empfehlen, sich das Buch zu kaufen, ganz klar.

Anja Schüler: Selbstverständlich. Wir schaffen es natürlich auch an für unsere Bibliothek. Der HCA Podcast wird produziert am Heidelberg Center for American Studies mit freundlicher Unterstützung der Jacob Gould-Schumann Stiftung. Redaktion: Welf Werner und Anja Schüler, Technik: Julian Kramer. Mein Name ist Anja Schüler und ich bedanke mich sehr bei Ihnen fürs Zuhören. Noch in diesem Monat gibt es eine neue Folge von Quo Vadis, USA? Wir freuen uns, wenn Sie unseren Podcast dann wieder anklicken. Bis dahin, bleiben Sie uns treu, und bleiben Sie gesund.